

336134-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen im juristischen Bereich – RV für die Erbringung von vergabe-, vertrags- und zuwendungsrechtlichen Beratungsleistungen

OJ S 94/2026 18/05/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

E-Mail: ekf42@gsi.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: RV für die Erbringung von vergabe-, vertrags- und zuwendungsrechtlichen Beratungsleistungen

Beschreibung: Gegenstand der auszuschreibenden Rahmenvertragsleistung sind die vergabe-, vertrags- und zuwendungsrechtlichen Beratungsleistungen für den "Neubau des Beschleunigerzentrums Facility for Antiproton and Ion Research (FAIR)" in Darmstadt. Der Rahmenvertrag des bisher tätigen Auftragnehmers läuft in Kürze aus. Aufgrund der Komplexität und des Umfangs des inzwischen weitgehend fertiggestellten Projektes soll zur Unterstützung des Auftraggebers ("AG") die vergabe-, vertrags- und zuwendungsrechtliche Beratung erneut ausgeschrieben werden. Ebenso sollen die ausgeschrieben Leistungen an den Projektverlauf angepasst werden.

Kennung des Verfahrens: 3ba831fc-53fe-422f-8af8-0781d829d081

Interne Kennung: 42/2600036292FAIR

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79100000 Dienstleistungen im juristischen Bereich

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Planckstr. 1

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64291

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 3 675 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXS0YYEYT8SS2MC3# Die Vergabeunterlagen werden elektronisch auf www.dtv.de bereitgestellt und können dort nach einer kostenlosen Registrierung heruntergeladen werden. Die Vergabestelle akzeptiert folgende Arten der Angebotsabgabe: - Elektronisch in Textform Die Übermittlung der Angebote in elektronischer Form erfolgt fristgerecht über den Vergabemarktplatz DTVP (Deutsches Vergabeportal). URL: <http://www.dtv.de/Center/> Zur Wahrung der Textform gemäß § 126 b BGB bei Angebotsabgabe müssen die Bieter nachfolgende Angaben machen: - Bei natürlichen Personen ist der vollständige Name zu nennen (§12 BGB). - Bei juristischen Personen und Handelsgesellschaften (§ 17 BGB) ist der Firmenname zu nennen und die Rechtsform. Darüber hinaus ist der vollständige Name des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin zu nennen, der/die für die Firma das Angebot abgibt. Das Einfügen eines Firmenlogos reicht nicht aus. - Bei Bietergemeinschaften sind für jeden einzelnen Bieter die vorstehenden Angaben zu machen. Zu beachten ist, dass die Textform des § 126 b BGB im Vergaberecht nur eingehalten ist, wenn die Teilnahmeanträge/ Angebote verschlüsselt übermittelt werden. Eine E-Mail genügt nicht. Bei fehlerhaften / unvollständigen Angaben, welche die Textform gem. § 126 b BGB verletzen, werden die Angebote ausgeschlossen.

Wir weisen darauf hin, dass bei etwaigen parallelen Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten von verbundenen Unternehmen auf die Einhaltung der Grundsätze des Geheimwettbewerbs zu achten ist; spätestens auf Nachfrage durch die Vergabestelle ist nachzuweisen, dass eine strikte Trennung in personeller, organisatorischer und struktureller Hinsicht bei der Erstellung der Teilnahmeantrags- und Angebotsunterlagen gewährleistet gewesen ist (vgl. z.B. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 13.04.2011 VII-Verg 4/11; VK Münster, Beschluss vom 22.04.2015 - VK 1-12/15).

Hinweis: Wird eines der geforderten Formblätter nicht form- bzw. fristgerecht eingereicht, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen. Fehlende oder unvollständige Dokumente können durch die Vergabestelle nachgefordert werden; die Bewerber können sich aber nicht darauf verlassen, dass eine Nachforderung erfolgt. Am Ende fehlende Nachweise führen zum Ausschluss. Die einzureichenden Unterlagen werden automatisch an den dafür vorgesehenen Stellen bekanntgegeben.

Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und Transparenz hat der Auftraggeber folgende Eignungs- und Zuschlagskriterien festgelegt: I. Eignungskriterien 1. Formblatt 05 Teilnahmeantrag mit Eignung 2. Wertung der Teilnahmeanträge Die vom Bewerber benannten fünf Anwälte/Anwältinnen können jeweils eine wesentliche Projektbeteiligung (punktuelle Tätigkeiten im Projekt oder Vertretungen reichen nicht aus) bei Projekttypologien der nachbenannten Ziffern 2.1 bis 2.3 mit einem Bauvolumen von jeweils zumindest 100 Mio. Euro nachweisen. Die Referenzen dürfen nicht älter als 5 Jahre sein Referenzen für unterschiedliche Projekttypologien (für jeden einzelnen Anwalt/jede Anwältin gesondert zu ermitteln, wobei benannte Referenzprojekte von mehreren Anwälten /Anwältinnen genutzt werden können und zudem für die nachbenannten Projekttypologie mehrfach herangezogen werden können). Voraussetzung ist die wesentliche Mitarbeit an einem solchen Projekt (punktuelle Tätigkeiten im Projekt oder Vertretungen reichen nicht aus) unter Angabe der im Rahmen des zivilen Baurechts oder öffentlichen Baurecht, Verwaltungsrecht oder Vergaberecht wahrgenommenen Aufgaben. Unter 100 Mio. Euro = Ausschluss über 100 Mio. Euro = 20 Punkte über 350 Mio. Euro = 30 Punkte über 500 Mio. Euro = 50 Punkte über 750 Mio. Euro = 80 Punkte über 900 Mio. Euro = 100 Punkte 2.1 Tätigkeit des Anwaltes /der Anwältin mit Angabe des Bauvolumens bei einem Hochbau-Projekt im Bereich der

technischen Infrastruktur oder Forschungseinrichtung mit einem öffentlichen oder diesem vergaberechtlich gleichgestellten Auftraggeber (Kostengruppen 200-700 nach DIN 276). 2.2 Tätigkeiten des Anwaltes/der Anwältin mit Angabe des Bauvolumens bei einem Hochbauprojekt unter Verwendung von Bundesmitteln und/oder sonstigen Fördermitteln (Kostengruppen 200-700 nach DIN 276). 2.3 Tätigkeiten des Anwaltes/der Anwältin mit Angabe des Bauvolumens bei einem Hochbauprojekt mit einer Einbindung in eine komplexe Projektstruktur mit einem Vertragsmanagement, einer Einkaufsabteilung, einer Rechtsabteilung, einen zuständigen Landes- und/oder Bundesministerium mit einem Bauvolumen (Kostengruppen 200-700 nach DIN 276). Die drei geeigneten Bewerber mit der höchsten aufaddierten Punktzahl aus den zuvor beschriebenen Auswahlkriterien werden im weiteren Verfahren zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktegleichheit entscheidet das Auswahlkriterium zu Ziffer 2.3. (Hochbau-Projekt mit einer Einbindung in eine komplexe Projektstruktur). II. Leistungskriterien Preis : Leistung = 70 : 30 Das Zuschlagskriterium "Preis" wird nach der linearen Interpolationsmethode zur Umrechnung des Angebotspreises in Punkte bewertet: Für die Angebotswertung wird eine Punkteskala von 700 bis 0 Punkten festgelegt. 700 Punkte erhält das Angebot mit der niedrigsten Wertungssumme als maximal zu erreichende Punktezahl. 0 Punkte erhält ein Angebot mit dem 2-fachen der niedrigsten Wertungssumme. Alle Angebote darüber erhalten ebenfalls 0 Punkte. Die Punktebewertung für die dazwischen liegenden Preise erfolgt über eine lineare Interpolation mit bis zu zwei Stellen nach dem Komma (gerundet). Die maßgebliche Formel lautet:
$$\text{PktBieter} = ((2 \times \text{Preismin} - \text{Preisang}) / (\text{Preismin} - \text{Preisang})) \times \text{Pktmax}$$
 Legende: PktBieter = vom Bieter erreichte Punktzahl Pktmax = maximal zu erreichender Punktzahl (hier: 700 Punkte) Preisang = vom Bieter angebotener Preis Preismin = niedrigster Preis im Vergleich aller wertbaren Angebote Insgesamt können bei dem Zuschlagskriterium "Preis" maximal 700 Punkte erreicht werden. Das entspricht einer Gewichtung dieses Zuschlagskriteriums von 70%. Leistungskriterien: Auftragsabwicklungskonzept: In dem "Auftragsabwicklungskonzept" hat der Bieter darzulegen, auf welche Art und Weise er beabsichtigt, die hier ausgeschriebene Leistung abzuwickeln. In dem Konzept hat der Bieter insbesondere die in den Vergabeunterlagen gemachten Angaben zu dem Projekt sowie Art und Umfang der vorliegend zu vergebenden Leistungen bei seinen Darstellungen zu berücksichtigen. Maximal werden 10 Punkte vergeben. Die Darstellung des Bieters soll insbesondere folgende Themenkomplexe beschreiben: a) Darstellung der auftragsnehmerseitigen Organisationsstruktur unter Benennung der einzusetzenden Anwälte/Anwältinnen und deren geplante zeitliche Ressourcen; b) Benennung des Hauptansprechpartners/-partnerin und dessen/deren Vertretung; c) Darstellung der Stellvertretungs- und Nachfolgeregelung bei Urlaub, Krankheit oder sonstiger Personalveränderungen bei dem Auftragnehmer d) Darstellung von Reaktionszeiten (zum Beispiel unter Berücksichtigung von Vor-Ort-Abstimmungsterminen, vgl. Vertrag §6 (1) etc.) e) Eingesetzte IT-Lösung und Umgang mit Datenschutz

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Betrug: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Korruption: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Zahlungsunfähigkeit: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: siehe GSI-Formblatt-Eignung: Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB als Bestandteil der Eignungsunterlagen, die das Unternehmen eingereicht hat.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: RV für die Erbringung von vergabe-, vertrags- und zuwendungsrechtlichen Beratungsleistungen

Beschreibung: Die Zielsetzung der vergabe-, vertrags- und zuwendungsrechtlichen Beratung durch den Auftragnehmer ("AN") ist: 1. eine konstruktive und effektive Unterstützung des AG bzw. des baubetrieblichen Vertrags- und Nachtragsmanagements des AG bei der Planung und Realisierung der Baumaßnahme durch den AN des Projekts; 2. generell im Rahmen des Projektes entstehende Ansprüche des AG gegen AN oder andere Dritte zu identifizieren, durchzusetzen sowie unberechtigte Ansprüche gegen den AG abzuwehren; 3. im Einzelnen die Aufgaben der vergabe-, vertrags- und zuwendungsrechtlichen Beratung gemäß des unter Ziffer 4.1 ff. aufgeführten Leistungsbildes eigenständig abzuwickeln. Der AN hat die ihm übertragenen Leistungen in einem solchen Umfang und in einer solchen Qualität zu erbringen, wie dies zu einer ordnungsgemäßen vergabe-, vertrags- und zuwendungsrechtlichen Beratung notwendig ist. Der Vertrag tritt mit Erteilung des Zuschlages in Kraft und endet zunächst 6 Jahren (am 31.07.2032). Der Vertrag kann vom Auftraggeber optional 1x um weitere 12 Monate verlängert werden. Die Vertragsverlängerung zeigt der Auftraggeber spätestens 3 Monate vor dem Vertragsende an. Der AN wird darauf hingewiesen, dass eine etwaige Verlängerung durch den AG voraussichtlich nur abgerufen werden wird, wenn noch Leistungen des AN im Hinblick auf den Verwendungsnachweis erforderlich werden. Der Vertrag endet somit nach maximal 7 Jahren zum 31.07.2033 oder bei Erreichen des maximalen Vergabevolumens von 10.500 h über die gesamte Vertragslaufzeit inkl. der Option. Interne Kennung: 42/2600036292FAIR

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79100000 Dienstleistungen im juristischen Bereich

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Vertrag kann vom Auftraggeber optional 1x um weitere 12 Monate verlängert werden. Die Vertragsverlängerung zeigt der Auftraggeber spätestens 3 Monate vor dem Vertragsende an. Der AN wird darauf hingewiesen, dass eine etwaige Verlängerung durch den AG voraussichtlich nur abgerufen werden wird, wenn noch Leistungen des AN im Hinblick auf den Verwendungsnachweis erforderlich werden. Der Vertrag endet somit nach maximal 7 Jahren zum 31.07.2033 oder bei Erreichen des maximalen Vergabevolumens von 10.500 h über die gesamte Vertragslaufzeit inkl. der Option.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Planckstr. 1

Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64291
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/08/2026
Enddatum der Laufzeit: 31/07/2033

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1
Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Vertrag kann vom Auftraggeber optional 1x um weitere 12 Monate verlängert werden. Die Vertragsverlängerung zeigt der Auftraggeber spätestens 3 Monate vor dem Vertragsende an. Der AN wird darauf hingewiesen, dass eine etwaige Verlängerung durch den AG voraussichtlich nur abgerufen werden wird, wenn noch Leistungen des AN im Hinblick auf den Verwendungsnachweis erforderlich werden. Der Vertrag endet somit nach maximal 7 Jahren zum 31.07.2033 oder bei Erreichen des maximalen Vergabevolumens von 10.500 h über die gesamte Vertragslaufzeit inkl. der Option.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.4.Eigenerklärung Betriebs-/Berufshaftpflicht (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Der Bewerber auf verfügt über eine Haftpflichtversicherungsschutz mit einem Deckungsumfang von mindestens 5 Millionen EUR, zweifach maximiert im Versicherungsjahr. Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag mit Eignung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.11 Eigenerklärung Bietergemeinschaft (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Dritterklärung): BGB-Gesellschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung mit Listung aller Mitglieder und deren bevollmächtigter Vertreter inkl. Nennung eines bevollmächtigten Vertreters, der die Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt. Mit dem Teilnahmeantrag / Angebot ist eine von allen Gemeinschaftsmitgliedern rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung abzugeben, dass die federführende Firma als bevollmächtigter Vertreter die aufgeführten Gemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber vertritt und mit Wirkung für jedes Mitglied für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner haftet. Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag und Eignung.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.12 Eigenerklärung Unterauftragnehmer (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Nur auszufüllen, sofern Teilleistungen an Unterauftragnehmer weitergegeben werden oder sofern sich der Bewerber bzw. Bieter für den Eignungsnachweis auf einen Unterauftragnehmer beruft. In diesem Fall ist eine Abgabe zusammen mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot erforderlich! Weiterhin ist im Falle der Eignungslieferung eine Verfügbarkeitserklärung (siehe Formblatt Verfügbarkeitserklärung) vom Unterauftragnehmer bereits mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichen. Im Falle der Ausführung von Teilen des Auftrags wird diese vor Zuschlagserteilung nachgefordert. Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag und Eignung.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.6 Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 833/2014 (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Am 08.04.2022 hat der Rat der Europäischen Union die Verordnung (EU) 2022/576 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, erlassen. Diese ist am 09.04.2022 in Kraft getreten. Sie entfaltet als Verordnung unmittelbare Rechtswirkung in den Mitgliedstaaten und hat direkte Auswirkungen auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen. Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag und Eignung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.10 Referenzen (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Anforderungen an Referenzprojekte Die vom Bewerber benannten fünf Anwälte/Anwältinnen können jeweils eine wesentliche Projektbeteiligung (punktuelle Tätigkeiten im Projekt oder Vertretungen reichen nicht aus) bei Projekttypologien der nachbenannten Ziffern 1 bis 3 mit einem Bauvolumen von jeweils zumindest 100 Mio. Euro nachweisen. Die Referenzen dürfen nicht älter als 5 Jahre sein. Referenzen für unterschiedliche Projekttypologien (für jeden einzelnen Anwalt/jede Anwältin gesondert zu ermitteln, wobei benannte Referenzprojekte von mehreren Anwälten/Anwältinnen genutzt werden können und zudem für die nachbenannten Projekttypologie mehrfach herangezogen werden können). Voraussetzung ist die wesentliche Mitarbeit an einem solchen Projekt (punktuelle Tätigkeiten im Projekt oder Vertretungen reichen nicht aus) unter Angabe der im Rahmen des zivilen Baurechts oder öffentlichen Baurecht, Verwaltungsrecht oder Vergaberecht wahrgenommenen Aufgaben. 1. Tätigkeit des Anwaltes/der Anwältin mit Angabe des Bauvolumens bei einem Hochbau-Projekt im Bereich der technischen Infrastruktur oder Forschungseinrichtung mit einem öffentlichen oder diesem vergaberechtlich gleichgestellten Auftraggeber (Kostengruppen 200-700 nach DIN 276). 2. Tätigkeiten des Anwaltes/der Anwältin mit Angabe des Bauvolumens bei einem Hochbauprojekt unter Verwendung von Bundesmitteln und/oder sonstigen Fördermitteln (Kostengruppen 200-700 nach DIN 276) 3. Tätigkeiten des Anwaltes/der Anwältin mit Angabe des Bauvolumens bei einem Hochbauprojekt mit einer Einbindung in eine komplexe Projektstruktur mit einem Vertragsmanagement, einer Einkaufsabteilung, einer Rechtsabteilung, einen zuständigen Landes- und/oder Bundesministerium mit einem Bauvolumen (Kostengruppen 200-700 nach DIN 276) Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag und Eignung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.8 Unternehmensdarstellung (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Mindestumsatz von 2 Millionen EUR pro Geschäftsjahr erwirtschaftet. a) Unternehmensdaten allgemein b) Umsätze der letzten 3 Jahre in EURO Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag und Eignung

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.13 Verfügbarkeitserklärung (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Nur parallel zur "Erklärung Unterauftragnehmer" auszufüllen und vom Unterauftragnehmer zu unterzeichnen, sofern Teilleistungen an Unterauftragnehmer weitergegeben werden (Leistungsausführung durch Unterauftragnehmer) oder sofern sich der Bewerber bzw. Bieter für den Eignungsnachweis auf einen Unterauftragnehmer beruft (Eignungsleihe - siehe Formblatt Unterauftragnehmer). Sollen mehrere Unterauftragnehmer eingesetzt werden, so ist dieses Formblatt mehrfach zu verwenden. Pro einzusetzendem Unterauftragnehmer ist je eine Verpflichtungserklärung abzugeben. Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag und Eignung.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.5. Weitere Angaben zum Bieter (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Im Zuge der Einführung neuer Anforderungen für EU-weit vergebene Aufträge (sog. eForms) sind öffentliche Auftraggeber ab dem 25.10.2023 verpflichtet, in Vergabebekanntmachungen (bisher Bekanntmachung über vergebene Aufträge) die unten aufgeführten Angaben zu den Auftragnehmern veröffentlichen. Vor diesem Hintergrund sind für jeden Bieter und bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft die im entsprechenden Formblatt aufgeführten Angaben zu machen und mit dem Angebot, im Fall vorgelagerter Teilnahmewettbewerbe mit dem Teilnahmewettbewerb einzureichen. Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag mit Eignung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.7 Eigenerklärung Zulassung

Rechtsanwaltsgesellschaft (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Das Unternehmen des Bewerbers ist als Rechtsanwaltsgesellschaft zugelassen. Der AG behält sich eine Nachforderung des Nachweises offen. Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag und Eignung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Auftragsausführende Personen - Die vom Bewerber benannten fünf Anwälte/Anwältinnen können jeweils eine wesentliche Projektbeteiligung (punktuelle Tätigkeiten im Projekt oder Vertretungen reichen nicht aus) bei Projekttypologien der nachbenannten Ziffern 2.1 bis 2.3 mit einem Bauvolumen von jeweils zumindest 100 Mio. Euro nachweisen. Die Referenzen dürfen nicht älter als 5 Jahre sein. Referenzen für unterschiedliche Projekttypologien (für jeden einzelnen Anwalt/jede Anwältin gesondert zu ermitteln, wobei benannte Referenzprojekte von mehreren Anwälten/Anwältinnen genutzt werden können und zudem für die nachbenannte Projekttypologie mehrfach herangezogen werden können). Voraussetzung ist die wesentliche Mitarbeit an einem solchen Projekt (punktuelle Tätigkeiten im Projekt oder Vertretungen reichen nicht aus) unter Angabe der im Rahmen des zivilen Baurechts oder öffentlichen Baurecht, Verwaltungsrecht oder Vergaberecht wahrgenommenen Aufgaben. Unter 100 Mio. Euro = Ausschluss über 100 Mio. Euro = 20 Punkte über 350 Mio. Euro = 50 Punkte über 500 Mio. Euro = 100 Punkte über 750 Mio. Euro = 150 Punkte über 900 Mio. Euro = 200 Punkte 2.1 Tätigkeit des Anwaltes/der Anwältin mit Angabe des Bauvolumens bei einem Hochbau-Projekt im Bereich der

technischen Infrastruktur oder Forschungseinrichtung mit einem öffentlichen oder diesem vergaberechtlich gleichgestellten Auftraggeber (Kostengruppen 200-700 nach DIN 276). 2.2 Tätigkeiten des Anwaltes/der Anwältin mit Angabe des Bauvolumens bei einem Hochbauprojekt unter Verwendung von Bundesmitteln und/oder sonstigen Fördermitteln (Kostengruppen 200-700 nach DIN 276). 2.3 Tätigkeiten des Anwaltes/der Anwältin mit Angabe des Bauvolumens bei einem Hochbauprojekt mit einer Einbindung in eine komplexe Projektstruktur mit einem Vertragsmanagement, einer Einkaufsabteilung, einer Rechtsabteilung, einen zuständigen Landes- und/oder Bundesministerium mit einem Bauvolumen (Kostengruppen 200-700 nach DIN 276). Die drei geeigneten Bewerber mit der höchsten aufaddierten Punktzahl aus den zuvor beschriebenen Auswahlkriterien werden im weiteren Verfahren zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktegleichheit entscheidet das Auswahlkriterium zu Ziffer 2.3. (Hochbau-Projekt mit einer Einbindung in eine komplexe Projektstruktur).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1 000,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 07/05/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEYT8SS2MC3/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEYT8SS2MC3>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 26/05/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEYT8SS2MC3>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 22/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: GSI/FAIR behält sich eine einmalige Nachforderung von Unterlagen innerhalb einer im Nachforderungsschreiben festzusetzenden Frist gemäß § 56 VgV vor. Die Bewerber können sich auf eine Nachforderung aber nicht verlassen. Letztendlich unvollständige Teilnahmeanträge werden ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 VgV)

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Teilnahmeantrag ** Mittels Eigenerklärung: - 1.3 Eigenerklärung MiLoG: Erklärung gemäß § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG). Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag und Eignung - 1.2 Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB: Eigenerklärung, dass die Kenntnis nach §§ 123, 124 GWB unrichtig ist und die dort genannten Fälle nicht vorliegen. Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag und Eignung - 1.1. Teilnahmeantrag für 42/2600036292FAIR - Erbringung von vergabe-, vertrags- und zuwendungsrechtlichen Beratungsleistungen: Allgemeine Erklärung der erklärenden Person im Sinne von § 126b BGB. Wird im Teilnahmeantrag nicht die Person des Erklärenden genannt, gilt der Teilnahmeantrag als nicht abgegeben. Als Formblatt der Datei 05 Teilnahmeantrag und Eignung - 1.9 Auftragsausführende Personen: Der Bewerber hat in den drei abgeschlossenen Kalenderjahren mindestens fünf Anwälte /Anwälti

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: Für die Ausschreibung von Rechtsanwaltsleistungen gilt eine Sonderregelung. Diese befindet sich in Abschnitt 3 der VgV, den besonderen Vorschriften für die Vergabe von sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen. Gemäß § 64 VgV sind davon die in § 130 GWB benannten Dienstleistungen umfasst. Dazu gehören wiederum die Rechtsanwaltsleistungen. Die ergänzenden Verfahrensregelungen in § 65 Abs.2 VgV sehen vor, dass die Laufzeit einer Rahmenvereinbarung abweichend von 21 Absatz 6 VgV höchstens sechs Jahre betragen soll. Es gilt daher nicht eine Höchstfrist von 4, sondern bereits von einer Basishöchstfrist von 6 Jahren. Diese kann auch nach dem Wortlaut des § 65 Abs.2 VgV verlängert werden ,wenn ein im Gegenstand der Rahmenvereinbarung begründeter Sonderfall vorliegt.

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die zuständige Nachprüfungsbehörde ist die Vergabekammer des Bundes Villemombler Straße 76 53123 Bonn Tel.: 0228 9499-0 Fax: 0228 9499-163 E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de Internet: <http://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Kontaktdaten/DE/Vergabekammern.html> Der Bewerber / Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags (und später ggf. seines Angebots), die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, deutlich zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens gegebenenfalls von

einer Zustimmung auf Einsicht in seine Unterlagen ausgehen (§165 Abs. 3 GWB). Die FAIR ist als Vergabestelle bei der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens dazu verpflichtet, die Vergabeakten der Vergabekammer sofort zur Verfügung zu stellen (§ 163 Abs. 2 Satz 3 GWB). Bewerber / Bieter haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieterschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber (§ 97 Abs. 6 GWB). Sieht sich ein am Auftrag interessierter Bewerber / Bieter durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb von zehn Kalendertagen bei der FAIR zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe der Bewerbungen (bzw. Angebote) gegenüber der FAIR geltend gemacht werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 - 3 GWB). Teilt die FAIR dem Bewerber / Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der o.g. Vergabekammer zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch die FAIR geschlossen werden. Bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist zehn Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch die FAIR. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Zuschlag möglich, auch wenn eine Frist nach § 160 Abs. 3 GWB noch nicht verstrichen sein sollte. Ein Nachprüfungsantrag müsste daher zur Verhinderung eines Zuschlags vor Ablauf der Frist nach § 134 GWB der FAIR durch die Vergabekammer zugestellt worden sein. Die Unwirksamkeit einer Beauftragung kann gemäß § 135 Abs. 1 und 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information über den Vertragsabschluss, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union. Informationen gemäß Art. 13 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung erhalten Sie unter: www.gsi.de/datenschutzhinweise FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Vergabekammer des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

Registrierungsnummer: DE 275 595 927

Postanschrift: Planckstr. 1

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64291

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: ekf42@gsi.de

Telefon: 06159 71 2453

Internetadresse: <http://www.fair-center.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Registrierungsnummer: 022894990

Postanschrift: Villemomblerstr. 76

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer des Bundes

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Internetadresse: <https://www.bundeskartellamt.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

31139565-6183-410b-a0a8-08f07b4adb19-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Die Frist für die Abgabe der Teilnahmeanträge wurde verlängert auf den 22.05.26, 10 Uhr

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Die Frist für die Abgabe der Teilnahmeanträge wurde verlängert auf den 22.05.26, 10 Uhr

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a29defd0-141d-4c0c-b099-38b9ea5aaa4c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/05/2026 15:59:38 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 336134-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 94/2026

Datum der Veröffentlichung: 18/05/2026